

# Stadt Heidelberg

Antrag Nr.:  
**0090/2013/AN**

Antragsteller: Grüne/gen.hd, BL  
Antragsdatum: 07.11.2013

Federführung:  
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:

Betreff:

**Unterbringung von Flüchtlingen in Heidelberg**

## Antrag

### Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 17. März 2014

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	21.11.2013	Ö		
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	18.02.2014	Ö		
Gemeinderat	13.03.2014	Ö		

**Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1**

## **Sitzung des Gemeinderates vom 21.11.2013**

**Ergebnis:** verwiesen in den Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit

## **Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 18.02.2014**

**Ergebnis:** Antrag wurde behandelt

## **Sitzung des Gemeinderates vom 13.03.2014**

**Ergebnis:** Antrag wurde behandelt

Abbildung des Antrages:

Stadt Heidelberg  
Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Eckart Würzner

E-Mail: 01-Sitzungsdienste@Heidelberg.de



Heidelberg, 06.11.2013

#### Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

#### Unterbringung von Flüchtlingen in Heidelberg

Die Verwaltung wird beauftragt, Vorschläge vorzustellen, wie die Unterbringung von Flüchtlingen verbessert und auf dezentrale Unterbringung umgestellt werden kann. Dazu sollte gehören:

- Eine Zielvorgabe, wie z.B. dass Flüchtlinge, insbesondere Familien mit Kindern, nicht länger als drei Monate in Heimen untergebracht werden sollten.
- Vorschläge für die Umsetzung eines Rauchverbots in den Heimen zum Schutz der minderjährigen Kinder
- Berechnungen über Kosten und Einsparungen die sich aus den Maßnahmen ergeben.
- Vorschläge wie in Kooperation mit der GGH ein flexibler Pool an geeigneten Wohnungen bereit gehalten werden kann.
- Vorschläge für eine sozialverträgliche Verteilung auf die Stadtteile, die Gettoisierung vorbeugt.
- Vorschläge, wie die rechtlichen Rahmenbedingungen so ausgelegt werden können, dass für die Betroffenen eine erträgliche Situation ermöglicht werden kann.

Begründung:

Die Unterbringung von Flüchtlingen in Heimen ist insbesondere für Kinder, bzw. Familien hoch problematisch. Eine Unterbringung in Wohnungen entschärft viele Probleme, die sich durch Platzmangel (z.B. kein Platz fürs Hausaufgaben-machen) und auch die Mischung der

1 von 2

unterschiedlichen Kulturen ergeben. Viele Flüchtlinge haben Schlimmes erlebt und sind traumatisiert.  
Heidelberg geht bereits beispielhaft voran, indem es den Flüchtlingen einen Sprachkurs anbietet und bereits von Gutschein-Ausgabe auf Geldmittel umgestellt hat. Diese guten Beispiele haben bereits viele andere Kommunen als Nachahmer gefunden. Mit dem Schritt zur dezentralen Unterbringung könnte Heidelberg einen weiteren Schritt gehen.

Unterbringung in Wohnungen in durchmischten normalen Stadtvierteln verbessern die Integration und mindern so nachhaltig Folgeprobleme.  
Und nicht zuletzt zeigen Erfahrungen, dass die dezentrale Unterbringung auch kostengünstiger ist, als die Unterbringung in Heimen.

2 von 2

**gezeichnet Fraktionsgemeinschaft Grüne/gen.hd,  
gezeichnet Hildegard Stolz, BL/LI**